

# Die CDU als Blockade- und Verhindererpartei

**Verwaltungs- und Gebietsreform kommt, auch wenn CDU sich anderes wünscht**

**Das ständige Sperrfeuer und die Störversuche der CDU werden den Erfolg der von Rot-Rot-Grün nun auf den Weg gebrachten Verwaltungs- und Gebietsreform nicht verhindern. Auch wenn sie immer wieder Versuche startet, Uneinigkeit in der Regierungskoalition und der Landesregierung herbeizureden, wird sie das Reformvorhaben weder verzögern noch aufhalten.**

Das Modell der „Großen Landgemeinde“ ist im Vorschaltgesetz klar als Übergangslösung zur Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften definiert. LINKE, SPD und Grüne haben damit eine Forderung der Gemeinden aufgegriffen. Nun gilt es, dass die Gemeinden dieses Angebot auch nutzen und sich nicht politisch durch die CDU zur Blockade instrumentalisieren lassen.

Zu Recht hat der Ministerpräsident darauf verwiesen, dass eine Landtagsmehrheit immer so vernünftig entscheiden wird, ein bewährtes Strukturmodell dauerhaft zu ermöglichen. Doch noch gibt es für die „Große Landgemeinde“ keinen Praxistest und es muss sich erst zeigen, ob dieses Modell zukunftsfest ist.

Auch der CDU-Vorwurf an den Ministerpräsidenten, dass es keine echte Freiwilligkeitsphase gibt, weil Gemeindefusionen im unmittelbaren Umland größerer Städte nicht genehmigt werden, ist konstruiert. Im Vorschaltgesetz zur Gebietsreform ist eindeutig geregelt, dass es derartige Gemeindefusionen an den Rändern der Städte

nicht mehr geben wird. Vielmehr sollen die Städte durch Eingemeindungen gestärkt werden. Rot-Rot-Grün vollzieht damit einen Systemwechsel im Vergleich zur CDU-Regierungspolitik. Die hat bewusst die Städte durch Gemeindefusionen im Umland geschwächt und damit erhebliche raumordnerische und landesplanerische Verwerfungen erzeugt. Rot-Rot-Grün muss diese Fehlentwicklungen nun korrigieren.

Auch die CDU-Forderung nach einer Freiwilligkeitsphase für Landkreise ist purer Populismus. Auf Initiative der CDU hin, hat eine Mehrheit der Land-

burgkreises und der Stadt Eisenach entgegengestellt. Jetzt geht es ihr nicht schnell genug. Das politische Kalkül ist zu offensichtlich und bedarf keiner weiteren Bewertung.

Wenn sich die CDU nicht völlig blamieren will, sollte sie in der Debatte den Unterschied zwischen Einsparungen und Effizienzgewinnen infolge der Verwaltungs- und Gebietsreform anerkennen. Der Ministerpräsident hat vollkommen Recht, wenn er auf Presseanfrage klarstellt, dass eine solche Reform keine Einsparungen erzeugt. Dem gegenüber wird es aber durch die Re-



*Eine mündliche Anhörung des Innenausschusses zum Vorschaltgesetz zur Gebietsreform hatte am 10. Juni bei großem öffentlichem Interesse im Plenarsaal des Thüringer Landtags stattgefunden. Die Koalitionsfraktionen sahen sich in ihrem Reformvorhaben einer Funktional- und Gebietsreform bestätigt.*

*Archiv-Foto*

kreise öffentlich erklärt, dass sie keine Neuordnung wollen. Bei der Faktenlage eine Freiwilligkeitsphase zu fordern, will nur Unruhe stiften.

Die Neuordnung der Landkreise wird der Landtag bereits 2017 beschließen. Der Fusionswunsch des Wartburgkreises und der Stadt Eisenach wird dabei auch mit zu entscheiden sein. Wenige Monate vor der Neugliederung aller Landkreise einen Fall gesondert zu regeln, macht raumordnerisch und landesplanerisch keinen Sinn. Jahrelang hat sich die CDU der Fusion des Wart-

burgkreises und der Stadt Eisenach entgegengestellt. Jetzt geht es ihr nicht schnell genug. Das politische Kalkül ist zu offensichtlich und bedarf keiner weiteren Bewertung.

Will die CDU nicht als Blockade- und Verhindererpartei in die Thüringer Geschichte eingehen, muss sie ihren Kurs ändern und sich konstruktiv in die Reformdebatte einbringen. Viele CDU-Kommunalpolitiker machen dies inzwischen.

*MdL Frank Kuschel*

## Schwerbehinderte

Die Zahl der als schwerbehindert anerkannten Menschen ist in Thüringen weiter gestiegen. Ende 2015 waren es 202.500, das sind 1,2 Prozent mehr als bei der letzten Erhebung 2013, teilte das Statistische Landesamt mit. Etwa die Hälfte von ihnen ist älter als 65 Jahre. Bei drei Vierteln aller Betroffenen ist eine schwere Erkrankung Grund für die Behinderung. Rund 23 Prozent der Menschen sind durch Querschnittslähmungen, Hirnstörungen, geistig-seelische Behinderungen oder Suchtkrankheiten beeinträchtigt. Einen Schwerbehindertenausweis erhalten Menschen, bei denen der Grad der Behinderung mindestens 50 Prozent beträgt. Der Anteil Schwerbehinderter lag bei rund neun Prozent.

## Schnupperpraktika

Susanne Hennig-Wellsov, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, startet jetzt eine Reihe von Schnupperpraktika. Ihr erster Praktikumsinsatz erfolgt in einer Erfurter Kindertagesstätte. Die Landespolitikerin wird in den kommenden Monaten Tagespraktika absolvieren, um den Arbeitsalltag in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, mit denen sich Politik häufig nur abstrakt befasst, unmittelbar kennenzulernen.

Zudem nimmt die Linksfraktion gern auch Anregungen und Vorschläge, in welchen Bereichen Susanne Hennig-Wellsov weitere Praktika absolvieren könnte, entgegen.

(E-Mailkontakt: [albold@die-linke-thl.de](mailto:albold@die-linke-thl.de)).

## Seniorenkonferenz

Die Landtagsfraktion DIE LINKE und die Senioren-AG der Partei laden ein zur Veranstaltung „Die Vielfalt gestalten! Senioren- und engagementpolitische Herausforderungen vor Ort“. Die Konferenz findet am Donnerstag, den 8. September, 10 bis 15 Uhr, im Tagungsraum der Verwaltungs- und Berufsgenossenschaft in Erfurt, Koenbergstraße 1, statt. Sie richtet sich an Seniorenbeauftragte der Kommunen, den Landesseniorenrat, Seniorenverbände, -beiräte und -büros sowie Sozialplaner der Kommunen, Seniorenorganisationen oder Arbeitsgemeinschaften von Gewerkschaften sowie interessierte Bürger. Dabei geht es auch um die Ausgestaltung des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetzes.

## VON A BIS Z:

### Hochschulautonomie

„Unser Ziel bleibt die Demokratisierung der Hochschulen in Thüringen“, so MdL Christian Schaft anlässlich der Stellungnahme der Thüringer Hochschulräte zur Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes. Damit entlasse man keinesfalls, wie von den Hochschulräten angedeutet, die Wissenschaftseinrichtungen in eine vermeintlich „organisierte Verantwortungslosigkeit“.

„Hochschulautonomie bedeutet nicht Leitungsautokratie. Doch leider habe ich oft das Gefühl, dass sie von manchen Verantwortlichen so verstanden wird.“ Der Abgeordnete kritisierte, dass wieder unterstellt wird, mehr Mitbestimmung sei ein Nachteil im internationalen Wettbewerb. „Das Gegenteil ist der Fall.“ Ziel müsse sein, bei Konflikten durch ein frühes, transparentes und gleichberechtigtes Einbeziehen aller Statusgruppen konsensorientierte Lösungen zu finden. Mehr Mitbestimmung für Studierende böte dafür die Grundlage. „Mit der anstehenden Novelle wollen wir einer demokratischen, offenen und sozialen Hochschule näher kommen. Beim Thüringer Hochschuldialog haben sich Studierende, Lehrende und Personen aus dem Mittelbau deutlich für mehr Entscheidungskompetenzen für die Hochschulsenate ausgesprochen. Die Forderung, dass die durch die Mitglieder der Hochschulen direkt gewählten Vertreter in den Gremien wieder mehr bei zentralen Belangen mitentscheiden sollen, betrachte ich als vollkommen gerechtfertigt.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die Termine für die restlichen Plenarsitzungen nach der parlamentarischen Sommerpause in diesem Jahr sind planmäßig anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags) in der Zeit vom 31. August bis 2. September vom 28. bis 30. September, vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember 2016.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)